

Editorial

Die Säulen des Erfolgs nicht schwächen



Eine erfreuliche Nachricht erreicht Bundesbern unmittelbar nach der Sommerpause: Gemäss Hochrechnung dürfte der Bundeshaushalt im Jahr 2018 mit einem Überschuss von 2,3 Milliarden Franken abschliessen. Und auch im verabschiedeten Voranschlag 2019 wird mit einem Plus von 1,3 Milliarden gerechnet. Im gleichen Zug vollzieht der Bundesrat im Budget 2019 jedoch Sparmassnahmen, insbesondere bei Hochschulen, Forschungsinstitutionen und Berufsbildung. Gegenüber den Finanzierungsbeschlüssen und inhaltlichen Planungen des Parlaments in der BFI-Botschaft 2017-2020 kürzt er deren Mittel im 2019 um rund 166 Millionen Franken.

Zweifellos, gesunde Bundesfinanzen sind wichtig für unser Land. Doch Milliardenüberschüsse zu erzielen und gleichzeitig bei der Bildung derart zu sparen ist nicht weitsichtig. Denn neben der Wahrung eines gesunden Finanzhaushalts ist es ebenso unsere Aufgabe, notwendige Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Diese sind erforderlich für die Weiterentwicklung der Schweiz und für den Wohlstand heutiger und künftiger Generationen. Bildung, Forschung und Innovation sind tragende Säulen des Schweizer Erfolgsmodells. Angesichts grosser aktueller Herausforderungen wie dem Fachkräftemangel oder der Digitalisierung dürfen wir diese Säulen nicht unnötig schwächen. Das Parlament hat es in der Hand, die übereifrigen Sparübungen des Bundesrats zu korrigieren.

Andrea Gmür-Schönenberger,
Nationalrätin,
Mitglied Politikerteam FUTURE

Voranschlag 2019

Kürzungen bringen Ziele und Mittel aus dem Gleichgewicht

Im Voranschlag für das Jahr 2019 budgetiert der Bundesrat einen Überschuss von 1,3 Milliarden Franken. Gleichzeitig beantragt die Regierung dem Parlament mit dem Budget 2019 Sparmassnahmen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI). Die finanziellen Mittel für die Hochschulen und Forschungsinstitutionen sollen im kommenden Jahr im Vergleich zu den Finanzierungsbeschlüssen des Parlaments in der BFI-Botschaft 2017-2020 und den damit einhergehenden inhaltlichen Planungen um rund 128 Millionen Franken tiefer ausfallen. Damit geraten die ambitionierten Ziele der BFI-Akteure und die dafür geplanten finanziellen Mittel aus dem Gleichgewicht.

Der Schweizer Bundeshaushalt befindet sich gegenwärtig in einem guten Gesundheitszustand. Nach dem Überschuss von 2,8 Milliarden Franken im Jahr 2017 darf der Bund gemäss jüngster Hochrechnung auch im laufenden Jahr 2018 mit einem Plus von 2,3 Milliarden rechnen. Die Gesundheit des Bundeshaushalts scheint sich fortzusetzen: Im Voranschlag 2019 plant der Bundesrat mit einem Überschuss von 1,3 Milliarden Franken.

Gleichzeitig sieht der Bundesrat aber Sparmassnahmen vor. Diese hatte das eidgenössische Finanzdepartement bereits im Jahr 2017 für die drei Jahre 2018, 2019 und 2020 geplant. Nun liegt dem Parlament mit dem Budget 2019 die zwei-

Bundesfinanzen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation für das Jahr 2019 (in Mio. CHF)

	BFI-Botschaft 2017-2020 Bundesbeschlüsse Parlament	Budget 2019	Differenz
Berufsbildung	955.8	921.4	-34.4
Weiterbildung	7	6.8	-0.2
Ausbildungsbeiträge/Stipendien	25.5	24.7	-0.8
ETH-Bereich	2'601.6	2'551.2	-50.4
Grundbeiträge Kantonale Universitäten	710.8	690.2	-20.6
Grundbeiträge Fachhochschulen	552.2	536.4	-15.8
Investitionsbeiträge Kantonale HS	103	100.3	-2.7
Projektgebundene Beiträge HFKG*	68.9	72.4	3.5
Internationale Zusammenarbeit Bildung	15.9	5.7	-10.2
Schweizerischer Nationalfonds	1'068.9	1'038.6	-30.3
Akademien der Wissenschaften*	43	43.7	0.7
Innosuisse*	236.9	256.2	19.3
Forschungseinrichtungen	105.3	102.3	-3
Int. Zusammenarbeit F+I (inkl. Raumfahrt)	182	161.1	-20.9
TOTAL	6'676.8	6'511	-165.8

* Plus resultiert aufgrund von Zusatzmitteln aus Aktionsplan Digitalisierung

te Tranche dieses Pakets vor. Betroffen sind die Akteure im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI): Alleine bei den Hochschulen und Forschungsinstitutionen sollen die finanziellen Mittel um 127,7 Millionen Franken tiefer ausfallen als National- und Ständerat im Rahmen der BFI-Botschaft 2017–2020 für die Erreichung der Ziele für das Jahr 2019 gesprochen hatten. Kürzungen erleiden der ETH-Bereich, die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen, der Schweizerische Nationalfonds (SNF), die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse und die Akademien der Wissenschaften Schweiz. Die beiden letzteren weisen im Budget 2019 gegenüber der BFI-Botschaft 2017–2020 zwar ein Plus auf, doch der Schein trügt: Die Erhöhungen resultieren aufgrund zusätzlicher Mittel aus dem Aktionsplan Digitalisierung (siehe unten), die auch zusätzliche

Aufgaben erfordern. Bei der Grundfinanzierung müssen die Innosuisse und die Akademien hingegen Einschnitte in Kauf nehmen.

Ziele und Mittel aus dem Gleichgewicht

Mit den Sparmassnahmen bringt der Bundesrat die politisch vorgegebenen Ziele und die dafür eingestellten finanziellen Mittel aus dem Gleichgewicht. Dabei war es ebendiese notwendige Balance, welche das Parlament im September 2016 dazu veranlasste, die finanziellen Mittel in der BFI-Botschaft 2017–2020 zielgerichtet um insgesamt 395 Mio. Franken aufzustocken. Mit den Kürzungen im Voranschlag 2019 will der Bundesrat diese Entscheide rückgängig machen.

Die Planungssicherheit der Hochschulen und Forschungsinstitutionen wäre damit nicht mehr gewährleistet. Ihre ambitio-

nierten Ziele können sie ohne die notwendigen Mittel nicht erfüllen. Die Hochschulen sind auch im kommenden Jahr mit einem markanten Wachstum der Studierendenzahlen konfrontiert. Geplante Massnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs blieben auf der Strecke, wenn der SNF gezwungen ist, seine Förderungen zu reduzieren. Der ETH-Bereich müsste auf Investitionen in zukunfts-trächtige Forschungsbereiche verzichten. Die Innosuisse müsste ihr Fördervolumen auf Kosten der KMU drosseln und der Beitrag der Akademien der Wissenschaften zur Lösung von Herausforderungen wie Klimaerwärmung, Digitalisierung oder öffentliche Gesundheit würde geschwächt.

National- und Ständerat werden den Voranschlag 2019 prüfen und in der Winter-session 2018 darüber entscheiden.

Aktionsplan Digitalisierung

Die digitalen Kompetenzen stärken

Ab Januar 2019 wird der «Aktionsplan Digitalisierung im BFI-Bereich in den Jahren 2019–2020» umgesetzt. Dieser soll die Kompetenzen in Bildung und Forschung in acht Aktionsfeldern stärken. Für die zweijährige Laufzeit plante der Bundesrat insgesamt 213 Millionen Franken ein. Davon sind 62 Millionen Franken finanzielle Zusatzmittel, die übrigen 151 Millionen müssen die BFI-Institutionen aus bereits eingeplanten Bundesmitteln aufwenden. Der Aktionsplan führt damit zu einer thematischen Priorisierung der finanziellen Mittel für die Zwecke der Digitalisierung innerhalb bestehender Förderinstrumente.

Zusatzmittel für MINT-Förderung

In Bildung und Forschung sollen die Kompetenzen zur Anwendung und Entwick-

lung von digitalen Technologien verbessert werden. Neben Massnahmen in den Schulen zählt dazu die verstärkte Förderung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Die Akademien der Wissenschaften erhalten für die Erfüllung dieses Auftrags im Jahr 2019 Zusatzmittel. Über zusätzliche projektgebundene Mittel sollen die kantonalen Hochschulen die Anwendungskompetenzen von digitalen Fähigkeiten (digital skills) in der Lehre fördern. Im ETH-Bereich soll ein Kompetenzausbau mittels Schaffung neuer Professuren erfolgen. Beim Schweizerischen Nationalfonds sind neue Nationale Forschungsschwerpunkte (NFS) sowie Nationale Forschungsprogramme (NFP) mit Bezug zur Digitalisierung vorgesehen.

Zur Stärkung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Forschung und Wirtschaft führt die Innosuisse das Impulsprogramm «Fertigungstechnologien» durch und unternimmt zusätzliche Anstrengungen im Rahmen der Kompetenzzentren für Energieforschung. Dafür erhält die Agentur für Innovationsförderung im Jahr 2019 Zusatzmittel. Ausserdem wird im ETH-Bereich ein Netz an regionalen Technologiekompetenzzentren aufgebaut, das die Unternehmen im Bereich Advanced Manufacturing unterstützen soll.

Die Massnahmen des Aktionsplans Digitalisierung sollen ab 2021 fortgeführt werden. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel will der Bundesrat im Rahmen der BFI-Botschaft 2021–2024 beantragen.

IN KÜRZE

Martina Hirayama wird neue Staatssekretärin

Der Bundesrat ernannte Martina Hirayama zur neuen Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation. Die promovierte Chemikerin ist Direktorin der School of Engineering der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW). Sie ist ausserdem Präsidentin des Institutsrats des Eidgenössischen Instituts für Metrologie (METAS), Vizepräsidentin des Verwaltungsrats von Innosuisse und Mitglied des Stiftungsrates des Schweizerischen Nationalfonds. Sie wird per 1. Januar 2019 die Nachfolge von Mauro Dell'Ambrogio antreten.

Eawag: neue Amtszeit für Janet Hering

Der Bundesrat bestätigte auf Antrag des ETH-Rats Janet Hering als Direktorin der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag) für eine weitere Amtszeit. Die Professorin für Umweltchemie wird das Institut demnach ab 2019 für weitere vier Jahre leiten.

Wirkung von NFP untersucht

Eine Evaluation von drei Nationalen Forschungsprogrammen (NFP) kommt zum Schluss, dass deren wissenschaftliche Ergebnisse in Bezug auf Qualität und Umfang beachtlich sind. Die Wirkung über die Wissenschaft hinaus könnte hingegen noch vergrössert werden. Die Autoren der Studie formulierten zu diesem Zweck verschiedene Empfehlungen. Die NFP haben die Aufgabe, einen Beitrag zur Lösung von aktuellen wirtschafts- und gesellschaftsrelevanten Problemen zu leisten.

Universität Genf: zweite Amtszeit für Rektor Yves Flückiger

Die Universitätsversammlung der Universität Genf schlägt den amtierenden Rektor Yves Flückiger für eine zweite Amtszeit vor. Der Regierungsrat des Kantons Genf erneuerte anschliessend dessen Mandat für die Jahre 2019–2023.

ETH-Rat erhöht Studiengebühren um 300 Franken

Die Studiengebühren an den beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich und Lausanne werden um 300 Franken jährlich und nicht wie ursprünglich vorgesehen um 500 Franken erhöht. Dies entschied der ETH-Rat nach einer Anhörung im ETH-Bereich, einer Ämterkonsultation und Gesprächen mit politischen Parteien. Die Erhöhung wird per Herbstsemester 2019 erfolgen, stufenweise über zwei Jahre verteilt.

Pilotversuchsartikel für wissenschaftliche Cannabis-Studien

Der Bundesrat will mit einer Anpassung des Betäubungsmittelgesetzes Forschung zu neuen Regelungsmodellen für den Cannabis-Konsum ermöglichen. Ein neuer Pilotversuchsartikel soll zeitlich und räumlich stark begrenzte Pilotversuche zu wissenschaftlichen Zwecken erlauben; das allgemeine Verbot des Cannabiskonsums bleibt bestehen. Dieser Pilotversuchsartikel soll höchstens zehn Jahre Gültigkeit haben. Die entsprechende Vernehmlassung des angepassten Betäubungsmittelgesetzes dauert bis zum 25. Oktober 2018.

19 ERC Starting Grants für die Schweiz

Der Europäische Forschungsrat (ERC) vergab im Jahr 2018 insgesamt 403 Starting Grants an herausragende junge Forschende. Davon gehen 19 Förderungen an Forschende in der Schweiz. Die ETH Zürich erhält vier Starting Grants. Je drei gehen an die ETH Lausanne sowie an die Universitäten Zürich und Freiburg. Zwei Förderungen gehen an die Universität Lausanne; je eine an die Universitäten Lugano und Basel, an das CERN sowie an die Fondazione per l'Istituto di Ricerca in Biomedicina. Damit belegt die Schweiz Platz 6 – hinter Deutschland (76 Grants), Grossbritannien (67), den Niederlanden (46), Frankreich (37) und Israel (22).

Open Access: Schweiz weltweite Spitzenreiterin

Gemäss einer Studie der Europäischen Kommission ist die Schweiz in Sachen Open Access (OA) weltweit führend. 39% der Forschungsarbeiten aus den Jahren 2009 bis 2016 wurden frei zugänglich publiziert. Weltweit betrug der durchschnittliche Anteil OA-Publikationen knapp 30%. Das Ziel der nationalen OA-Strategie in der Schweiz ist es, bis im Jahr 2024 sämtliche öffentlich finanzierten Publikationen frei zugänglich zu machen; der Schweizerische Nationalfonds hat das Ziel, schon im Jahr 2020 100% der von ihm geförderten Publikationen OA zugänglich zu machen.

Shanghai-Ranking: acht Schweizer Unis unter den Top 500

Im Shanghai-Ranking für das Jahr 2018 sind acht Schweizer Hochschulen unter den 500 besten der Welt aufgeführt. Wie schon im Vorjahr rangieren fünf Schweizer Universitäten unter den Top 100: die ETH Zürich auf Platz 19, die Universitäten Zürich (54) und Genf (59), die ETH Lausanne (81) sowie die Universität Basel (96). Die beiden Universitäten Bern und Lausanne sind auf den Plätzen zwischen 101 und 150 klassiert; die Universität Freiburg zwischen den Rängen 301 und 400.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2018

Münstergasse 64/66, 3011 Bern
T 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel sind unter Quellenangabe erlaubt.